

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsort: Riesaer Platz.
Telefon Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postfachkonto: Dresden 159.
Telefon Nr. 52.

Nr. 287.

Dienstag, 11. Dezember 1923, abends

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 8.-14. Dezember 1923 monatlich 20 Mark, einj. 240 Mark. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 49 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Fortläufige Anzeigengebühren: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die englische Krise.

Noch keine Entscheidung Baldwin's.

London. Der König empfing gestern den Premierminister Baldwin in einer Audienz, die 40 Minuten dauerte. Unter den zahlreichen Persönlichkeiten, die gestern vorstießen, befanden sich Lord Curzon, der Unterstaatssekretär des Heubens Mr. Neill, Neville Chamberlain und Washington Evans. Neuter meldet, die Frage des Rücktritts Baldwin's sei bisher nicht ausgemacht worden. Den Blättern zufolge verläutet von mahachender Stelle, Ramsay MacDonald würde eine Regierung bilden, wenn er dazu aufgefordert würde; jedoch sei die Möglichkeit einer Koalition mit den Liberalen ausgeschlossen. Die Presse spricht die Ansicht aus, daß Baldwin bis zum Rücktritt des Parlaments im Amt bleiben werde. Neuter erzählt, in mahachenden konservativen Kreisen herrsche jetzt die Ansicht, daß Baldwin nicht zurücktreten, sondern sein Amt weiter führen und vor das Parlament treten werde. Es sei keineswegs sicher, daß er, wenn er vor das Parlament trete, sich in der Minderheit sehen werde; denn es seien, wie verläutet, Schritte unternommen worden, um die Anhänger der Liberalen zu gewinnen. Die Regierung habe jetzt die Genehmigung, daß von den Liberalen keine unnötige Opposition getrieben wird.

Das voraussichtliche Kabinett MacDonald.

Western fand die Generalversammlung der Arbeiterpartei statt, in der MacDonald einen ausführlichen Ueberblick über die gegenwärtige Lage gab. MacDonald ist bereit, die Regierungsbildung zu übernehmen, verläutet aber vorher gewisse Zusicherungen von seiner Partei, vor allem die, daß er in seiner Politik nicht von dem radikalen Flügel bestritten werde. Dieser radikale Flügel ist im neuen Parlament bedeutend schwächer als im alten. Insbesondere sind bei den Wahlen die beiden Führer Ramsay MacDonald, der kommunistische Vertreter des Volkswillens, und Effie MacFarlane geschlagen worden. Die erste politische Maßnahme, die MacDonald veranlassen wird, ist eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er wird zweifellos Frankreich gegenüber eine energisiertere Linie einschlagen, als es die Tories getan haben und auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands hinzuwirken werden. Aus Kreisen seiner Partei verläutet, daß ein Kabinett Baldwin mit der Unterstützung der Liberalen wird rechnen können.

Die Londoner Presse zur Lage.

London. „Daily Telegraph“ erklärt, die politische Lage sei gefährlich. MacDonald sei zwar der Führer der Opposition, verführe jedoch über seine Reichheit im Unterhause. Es sei Torheit, von einem Rücktritt Baldwin's zu sprechen, bevor bemerkt sei, daß die Regierung nicht fortgeführt werden könne. Die einzige Partei, mit der die Unionisten gemeinsam handeln könnten, sei die liberale Partei. — In einem weiteren Artikel über die Wahlen und die „Altkarten“ überführten Parteien führt „Daily Telegraph“ aus, es sei die letzte Heberzeugung der meisten Leute in England, daß die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich ein wesentliches Interesse Englands und Europas sei, das trotz aller Schwierigkeiten und Enttäuschungen verfolgt werden müsse. Die überwältigende Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung sehe in dem Ergebnis der Wahlen einen Hund nach links und betrachte diesen als erste Bedrohung der Aufrechterhaltung der Entente. Frankreich befürchte auch sehr, daß dieser Hund (links) zu einer Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland leitend Englands führe, was zweifellos eine der ersten Handlungen einer Arbeiterregierung sein würde.

„Westminster Gazette“ sagt, die liberale Partei beherrsche die politische Bühne. Keine Regierung, die gebildet werde, könne die Geschäfte ohne ihre Unterstützung führen. Sollte der Liberalismus die zukünftige Regierung bilden, so werde er das unter seinen eigenen Bedingungen tun. Das liberale Blatt nimmt an, daß Ramsay MacDonald erachtet werden wird, die Regierung zu bilden. Es sei seine Pflicht, diese Aufgabe zu versuchen.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ führt in einem Bescheid nicht eine Arbeiterregierung“ überschriebenen Leitartikel aus, es würde besser sein, wenn die Arbeiterpartei erklärte: Wir wollen die Regierung übernehmen, wir sind die einzige Partei, die eine Arbeitslosenpolitik hat, wir wollen das Amt übernehmen, und wir wollen die anderen Parteien mit unseren Forderungen herausfordern. Wenn sie sie ablehnen, dann können wir sie nicht durchführen. Wenn die Zeit für einen Appell an das Volk kommt, werden wir zeigen, was wir für das Gute des Volkes versucht haben. „Daily Herald“ erklärt zum Schluß, es könne an keinen Lauschauftrag mit irgend einer anderen Partei wegen Unterstützung gedacht werden. Keinerlei Arbeitsvereinbarung könne erwogen werden.

Die Industrie zur Währungsreform.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller sprach sich in der Sitzung vom 6. ds. Mts. nach eingehender Beratung über die bisherigen Folgen der Lebensmittelpolitik für die industrielle Produktion und die Devisen- und Wechselkursfrage aus. Die Einheitskursverordnung hat in Verbindung mit den starken Devisenparierungen zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen geführt, indem die Exportindustrie ihre Produktion zu den niedrigen Berliner Kursen abgeben, ihre Rohstoffe aber zum hohen Preis zu Preisen erwerben mußte, die nicht nur dem höheren Londoner oder New Yorker Kurse entsprechen, sondern weiterhin noch durch Entwertungsrückgang und Devisenbeschaffungsbeschränkungen wesentlich verteuert wurden.

Schwere Substanzverluste, eine Drosselung des Exports, die völlige Unsicherheit der Kalkulation und Preisstellung sind die Folge. Auch die Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel mußte zum Schaden der Wirtschaft und der Lebenshaltung schwer eingeschränkt werden. Wenn die Arbeitslosigkeit um die der Regierung durch sie erwachsenden Kosten nicht weiter anschaulen sollte, ist es notwendig, daß der Industrie durch entsprechende Zuteilung von Devisen und durch eine der Weltmarktsparität entsprechende Kursstellung die Weiterarbeit ermöglicht bleibt. Nur wenn die auf den Preisen liegenden, durch die bisherigen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten unproduktiven Kosten beseitigt werden, können die Herstellungskosten soweit reduziert werden, daß die Industrie, die jetzt ihre Wettbewerbsfähigkeit im Ausland verloren hat und im Inlande zu verlieren droht, wieder in Wettbewerb mit dem Ausland treten kann.

Eine unerlässliche Voraussetzung hierfür bildet auch das Selbigen der eingeleiteten Währungsreform. Die Inflation stellt das wirksamste Mittel für eine Verringerung der Devisennot dar. Es ist deshalb die Pflicht der Gewerkschaften, die Inflation zu fördern und zu erhalten, wie es andererseits unbedingte Pflicht des Staates ist, das Selbigen zur Verhütung einer weiteren Inflation zu tun. Die fortgeschrittenen politischen Kräfte im Reich und den Ländern bilden jedoch schwerste Hindernisse für die einseitige weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeit. Der Gesamtvorstand erwartet deshalb von allen politischen Parteien, daß sie bei ihren Entscheidungen und Maßnahmen nicht die parteipolitischen Interessen, sondern die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten in den Vordergrund stellen. Nur in dieser Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik kann eine Gewähr für eine Überwindung der gegenwärtigen außerordentlichen Schwierigkeiten gesehen werden.

Ueber die Arbeitszeit der Beamten.

Western vormittag wurden im Reichsministerium des Innern die Besprechungen über die Arbeitszeit der Beamten zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Beamtenorganisationen fortgesetzt. Die Verlängerung der Dienststunden soll, wie gemeldet wird, zunächst für die Zeit von drei Jahren festgelegt werden, ohne daß jedoch eine Bindung dahin eingegangen wird, nach Ablauf dieser Zeit das Abkommen nicht weiter zu verlängern. In Berlin und Hamburg soll die ungeteilte neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Sonst aber soll im ganzen Reich die Arbeitszeit geteilt werden und zwar in der Weise, daß vor mittags fünf Stunden und nachmittags vier Stunden Dienst geleistet werde. Die Beamtenorganisationen sollen dieser Dienstverteilung ablehnend gegenüberstehen.

Western. Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Verlängerung der Dienststunden und befahl sich mit einer Reihe weiterer Vorlagen.

Die Beamten gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Berlin. Die Verhandlungen, die gestern über die Frage der Arbeitszeitverlängerung im Reichsministerium des Innern zwischen Reichsvertretern und Vertretern der Beamtenorganisationen gepflogen wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Organisationsvertreter erklärten, daß die Arbeitszeitverlängerung in der geplanten Form für die Beamten unannehmbar sei und insbesondere auch eine Teilung des Dienstes im Hinblick auf die zum Teil von ihren Arbeitsstätten weit entfernt wohnenden Beamten un durchführbar sei.

Noch keine Klärung in Wien.

Wien. In sehr langen bis nach Mitternacht dauernden Verhandlungen erörterte die Regierung mit dem Aktionskomitee, das die angestrebten Gruppen der österreichischen Beamenschaft vertritt und das Sonnabend abend den Streikbescheid gefaßt hatte, neuerlich alle Forderungen. Die Regierung schlug ein Reformprogramm vor, das eine Neuordnung des gesamten Dienstverhältnisses beinhaltete. Obwohl diese Forderungen von den Beamten als richtig anerkannt wurden, stellten sie dennoch neue Forderungen nach einer Ausdehnung vor, und obwohl die Regierung auch hier Entgegenkommen zeigte, erklärten sie dies Entgegenkommen als nicht genügend und bezeichneten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Preßburg. In ganz Oesterreich ist gestern früh der Ausbruch der Telegraphen-, Telefon- und Postangestellten ausgebrochen.

Frankreich und die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland.

Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag gibt nach der Auffassung der französischen Presse der deutschen Regierung wenigstens eine kurze Frist zu politischer Arbeit. Der „Temps“ meldet, daß die Reichsregierung die Absicht habe, der französischen Regierung politische und wirtschaftliche Vorschläge zu machen, und macht darauf aufmerksam, daß diese Vorschläge nur dann Aussicht auf Verfolgung haben würden, wenn sie auf offiziellem Wege nach Frankreich gelangt sind. Die Zeitung erinnert daran, daß Deutschland noch immer keinen Vorkauf in Paris habe, obwohl der „Krieg an der Ruhr“ jetzt „unbestreitbar“ zu Ende sei. Als die wichtigste Aufgabe der deutschen Regierung wird die Währungsreform bezeichnet, die alle anderen Fragen zunächst zurückdrängen müsse. Auf die Rentenbank werden in Frankreich keine großen Hoffnungen gesetzt. Die Erhebung der Papiermark wird im „Temps“ auf die Bemühungen des Herrn Schacht und die Einstellung des Notenrucks zurückgeführt, aber nicht für dauernd gehalten. Die endgültigen Entscheidungen

Maßnahmen der Reichsregierung zur Stabilisierung der Währung und zur Erreichung der Lebensmittelpolitik werden mit Interesse, aber ohne große Zuversicht erwartet.

Das Ausland

zu den deutschen Stabilisierungsmaßnahmen.

London. „Daily Telegraph“ schreibt zu dem Steigen der Mark im Auslande: Unter den Finanzmännern der Entente herrsche die Heberzeugung, daß der Währungsreform Dr. Schacht ein kompliziertes finanzielles Spiel mit beträchtlichem Schicksal erfolgreich ausstrebe. Man glaube, daß Dr. Schacht auf die automatische Stabilisierung der Mark im Verhältnis von einer Goldmark zu einer Billion Papiermark hinstrebe, indem er Bedingungen schaffe, unter denen der Handel in ausländischen Währungen von selbst ein solches Verhältnis anrechterhalte. Abgesehen von der unmittelbaren Wirkung des Steigens der Mark, nämlich der Ermutigung des deutschen Volkes durch Herabsetzung der Preise, habe diese Taktik eine weitere sehr heilsame Wirkung gehabt und kleinere Händler, die so viel dazu beigetragen hätten, die Mark zu schwächen, indem sie ihre Gewinne in auswärtige Währungen umsetzten, begannen Furcht zu empfinden. Die Schacht trage nicht nur keine Zinsen, sondern sei jetzt auch von der Entente bedroht. Wenn die Mark im Auslande steige, so könne sie auch in Deutschland steigen, und wenn sie sich zu laune an ihren Besitz klammerten, so könnten sie mehr verlieren als die Zinsen, auf die sie jetzt verzichteten. Infolgedessen bedürfen diese Leute bereits ihrer auswärtigen Banknoten auszuweisen und sie in Goldmark oder Goldanleihe umzutauschen. Dr. Schacht's bisherige Spiel auf der Wiederverkehrung des Hauptforderungsvermögens zu einer Rückkehr der finanziellen Gesundheit, nämlich des Vertrauens des deutschen Volkes zu seiner eigenen Währung, seien ergebnislos geblieben.

Die französische Regie nimmt sich Zeit.

Paris. Die das Staatsamt betreffende Aufträge werden, ist der durchgehende Anstieg über Frankreich, der mit dem gestrigen Tage auf Grund des Wäner Eisenbahnverkehrs einsetzte, nach nicht erfolgter, die Lage verfahren nach wie vor auf dem Wege der Umleitung.

Ein holländisch-deutscher Milchlieferungsvertrag.

Essen. Die Vereinigte Milchverarbeitungs-Gesellschaft für die rheinisch-westfälische Industrie teilt mit, daß sie in kurzer Zeit einen neuen Milchlieferungsvertrag mit niederländischen Milchlieferanten abschließen wird, um die Milchversorgung des hiesigen Gebietes sicher zu stellen. Es soll sich voraussichtlich um ein Quantum von 200000 Liter Milch täglich handeln. Bei den bisherigen Verhandlungen wurde das Verhalten der Milchproduzenten, die die Milchlieferung gegen Bezahlung in Papiermark verweigerten, hart kritisiert. Gegenwärtig beträgt die Milchmenge nach Essen täglich 17000 Liter gegen 175000 Liter im Juleden. Das Reich ist bereit, erhebliche Summen für die Neuverteilung der Milchversorgung im belebtesten Gebiete zur Verfügung zu stellen.

Um die Wiedereinführung des Achtstundentages.

In dem Bericht über die Reichstags-Sitzung vom Sonnabend ist vermerkt worden, daß der sozialdemokratische Antrag betr. Wiedereinführung der Demobilisationsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom Reichstag angenommen worden sei. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum, der durch die große Unruhe des Hauses entstanden ist. Es handelte sich um eine von den Sozialdemokraten beantragte Entschließung, durch die die Reichsregierung aufgefordert werden sollte, die Demobilisationsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen sowie um einen Antrag der Kommunisten, der an die Regierung dasselbe Verlangen stellte. Beide Anträge bezweckten also die Wiedereinführung des Achtstundentages. Die Anträge sind aber nicht vom Reichstag zum Beschluß erhoben, sondern vielmehr dem Ausschuss des Reichstages überwiesen worden, der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eingeleitet worden ist. Es muß also zunächst abgewartet werden, was dieser Ausschuss darüber beschließt.

Das abgeänderte Mietengesetz.

Der „Berl. Lokalanz.“ will über den abgeänderten Entwurf eines Mietengesetzes erfahren haben, der jetzt Entwurf sehr ebenfalls eine gestaffelte Aufwertung der Mieten auf Friedenshöhe bis zum 1. Oktober 1924 vor. Die in dem Entwurf aufgeführten Sätze seien jedoch nur Mindestmieten, über die die Landesbehörden, denen die endgültige Festsetzung obliegt, im Bedarfsfälle hinausgehen können. Die so errechneten Mieten sollen den Hausbesitzern rechtlos zufallen, ohne daß an eine Beteiligung des Reichs

Ein gutes Weihnachtsgeschäft

sichert man sich durch regelmäßiges Inserieren im „Rieser Tageblatt“.